

Unprofessionell: LR Edlinger-Ploder vermurkst „Transitgipfel“

Nachdem Verkehrslandesrätin Kristina Edlinger-Ploder (ÖVP) sich weigert, den Landtagsbeschluss Nr. 1989 („Transitgipfel“) gemeinsam mit den steirischen Verkehrsbürgerinitiativen zu planen und durchzuführen, verweigern die NGOs die Teilnahme. „Wir sind die vom Verkehr betroffenen BürgerInnen – und wir haben ein Recht darauf, gleichberechtigt und mit Respekt behandelt zu werden“, sagen die Initiativen, die nun der Landesrätin per Einschreiben eine Absage erteilt haben.

Enttäuschte Hoffnung auf Dialog

Nach dem „Transitgipfel“-Landtagsbeschluss Nr. 1989 vom 15. Juni 2010 kehrte bei den steirischen Verkehrsbürgerinitiativen im Ennstal, im Salzkammergut, im Murtal und entlang der S7 kurzzeitig Hoffnung auf ein neues Miteinander im Dialog ein. Diese Hoffnung wurde durch die unsensible Vorgehensweise von Verkehrslandesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder (ÖVP) und der FA18A jedoch schwer enttäuscht. Die steirischen Bürgerinitiativen werden daher an dem „Transitgipfel, der kein Transitgipfel ist“, nicht teilnehmen.

Der Antrag für den „Transitgipfel“ kam von den Grünen und wurde vom Landtag am 15. Juni 2010 einstimmig angenommen. Mit dem Landtagsbeschluss Nr. 1989 wurde die Landesregierung aufgefordert, *„noch vor den Landtagswahlen einen Transitgipfel einzuberufen und mit den Bürgerinitiativen (...) konkrete Gespräche zu führen“*.

Nachdem die Bürgerinitiativen nach diesem Landtagsbeschluss eineinhalb Monate lang (!) weder eine Information noch eine Einladung zu Vorbereitungsgesprächen aus dem Verkehrsressort des Landes erhalten hatten, wendeten sie sich am 28. Juli 2010 per eingeschriebenem Brief mit einer einzigen Frage an die zuständige Landesrätin Kristina Edlinger-Ploder. Die Frage lautete, ob der Transitgipfel – vor allem die Auswahl der Referenten, Experten und Themenschwerpunkte – im Konsens mit den Bürgerinitiativen geplant werden würde.

Klarer Verstoß gegen den Landtagsbeschluss durch LR Edlinger-Ploder

LR Edlinger-Ploder hat das Schreiben der Bürgerinitiativen jedoch inhaltlich nicht beantwortet, d.h. sie weigert sich schon im Vorfeld, „konkrete Gespräche“ zu führen. Das ist ein klarer Verstoß gegen den Landtagsbeschluss. Stattdessen erhielten die Bürgerinitiativen am 11. August 2010 die knappe Mitteilung, der „Transitgipfel“ werde am 19. August 2010 – also nur 8 Tage später – in Graz „abgewickelt“.

Die Bürgerinitiativen kritisieren unisono dieses „unprofessionelle Vorgehen“ der Landesrätin. „Edlinger-Ploder lässt nach dem Landtagsbeschluss fast zwei Monate verstreichen. Sie findet es dann nicht der Mühe wert, unsere Fragen zu beantworten; sie findet es auch nicht der Mühe wert, mit uns über

Allianz gegen die S7

LIEB – Liezener Initiative
engagierter Bürger

NETT
Nein zur Ennstal-Transittrasse

Stopp Transitschneise Ennstal

16 Bürgerinitiativen
S 36/S37 Nein Danke

Lebensraum Salzkammergut

einen geeigneten Termin zu reden“, kritisiert Horst Kienberger, ein Sprecher der Initiative „S36/37 Nein danke“ aus dem Murtal.

Dr. Johann Raunikar von der Initiative gegen die S7 stösst in dasselbe Horn; der ehemalige Richter beklagt, „dass LR Edlinger-Ploder eine Art Einladung zum Transitgipfel so knapp vor dem von ihr willkürlich – und mitten in der Urlaubszeit – festgesetzten Termin zustellen lässt, dass uns keine Zeit bleibt, uns auf den Gipfel vorzubereiten.“ Zudem wird kritisiert, dass die Landesrätin den Gipfel auf eine bloße „Informationsveranstaltung“ reduzieren will.

„Darum ist dieser Transitgipfel kein Transitgipfel!“

„Ein Gipfeltreffen ist ein Treffen von gleichberechtigten Personen auf gleicher Augenhöhe. Zu einem Gipfeltreffen gehört eine gemeinsame Planung; die Referenten, Experten und Themen sowie der Termin müssen im Konsens festgelegt werden. Das hat LR Edlinger-Ploder leider versäumt“, erklärt Reinhard Thalhamer Moreau, der Stv. Obmann der Ennstaler Initiative NETT: „Daher werden die Bürgerinitiativen an diesem Transitgipfel, der kein Transitgipfel ist, nicht teilnehmen!“

Die Bundesministerin für Verkehr, Doris Bures (SPÖ), hat weitere verkehrspolitische Entscheidungen für unser Bundesland auf „nach dem Transitgipfel“ vertagt. Das Ministerium unterzieht derzeit alle Verkehrsprojekte einer Evaluierung. Da dieser Gipfel aufgrund der Unprofessionalität von Landesrätin Edlinger-Ploder nicht stattfinden kann, dürfte es auch auf ministerieller Ebene zu Verzögerungen kommen.

„Die hohe Politik muss bitteschön zur Kenntnis nehmen, dass der einzige Weg zu breit akzeptierten Verkehrslösungen nur durch die ehrliche Zusammenarbeit mit den betroffenen BürgerInnen zustande kommen kann“, sagt Silvester Leitner, Sprecher von „Lebensraum Salzkammergut“, einem Zusammenschluß von bald 27 Bürgerinitiativen.

Bürgerinitiativen weiter zum Dialog bereit

Alle Initiativen betonen in einem neuen Schreiben vom 14. August 2010 an LR Edlinger-Ploder die weitere grundsätzliche Bereitschaft zum Dialog. Voraussetzung dafür ist aber eine gemeinsame Planung und Auswahl der Referenten, Experten und Themen, weiters eine gemeinsame Auswahl von Ort und Termin sowie grundsätzlich eine Haltung, die von gegenseitigem Respekt getragen ist, auch wenn man in der Sache selbst unterschiedliche Standpunkte und Interessen vertritt.

Anhang | Originaldokumente | Chronologie:

- Entschließungsantrag Einl.Zahl 3827/3 der steirischen Grünen | 1 Seite
- Einstimmiger Landtagsbeschluss Nr. 1989 („Transitgipfel“) vom 15. Juni 2010 | 1 Seite
- Schreiben der Bürgerinitiativen an das Büro von LR Edlinger-Ploder vom 28. Juli 2010 | 1 Seite
- Schreiben aus dem Büro der Landesrätin, bei den Bürgerinitiativen eingelangt am 11. August 2010 | 1 Seite
- Schreiben der Bürgerinitiativen an LR Edlinger-Ploder vom 14. August 2010 | 4 Seiten

Auf den folgenden 8 Seiten finden Sie die im Text erwähnten und nebenstehend angeführten Originaldokumente

LANDTAG
STEIERMARK

XV. GESETZGEBUNGSPERIODE

Einl.Zahl 3827/3

Entschließungsantrag

zu: TOP D1

Fraktion(en): Grüne

Regierungsmitglied(er): LR Mag. Kristina Edlinger-Ploder

Betreff:

Einberufung eines Transitgipfels

Begründung:

Das Land Steiermark muss auf Basis einer intermodalen Verkehrsplanung die Menschen in den Regionen in Entscheidungen der Verkehrspolitik einbinden. Verkehrspolitik darf nicht gegen, sondern muss zusammen mit der betroffenen Bevölkerung gemacht werden. Verkehrslösungen müssen der regionalen Wirtschaft, der Gesundheit und der Sicherheit der Bevölkerung dienen und dürfen nicht für die Frächterlobby gemacht werden.

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, noch vor den Landtagswahlen einen Transitgipfel einzuberufen und mit den BürgerInneninitiativen aus dem Murtal, dem Ennstal und entlang der S 7 konkrete Gespräche zu führen.

LANDTAG STEIERMARK

13. August 2010

Landtag ↗

Materialien ←

Willkommen im Landtag Steiermark

Landtag Steiermark

Direktion

Live

Papierloser Landtag

Pressearchiv

Materialien

- Stenographische Berichte (XV. Periode)
- Archiv (XIV. Periode)
- Protokolle, Berichte (XIV. Periode)

Begutachtungen

Der Landesrechnungshof

Fragen und Antworten

Die Steiermark

Kunstgeschichte des Landhauses

Führungen

Shop

Sitemap

Information für Berechtigte

Sondertermine



Sie sind hier: Landtag > Materialien

LANDTAG STEIERMARK XV. GESETZGEBUNGSPERIODE

Beschluss Nr. 1989

aus der **64.** Sitzung der **XV. Gesetzgebungsperiode** des Landtages der Steiermark vom 15.06.2010

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, noch vor den Landtagswahlen einen Transitgipfel einzuberufen und mit den BürgerInneninitiativen aus dem Murtal, dem Ennstal und entlang der S 7 konkrete Gespräche zu führen.

Landtagsbeschluss Nr. 1989

Übermittlung zur weiteren Veranlassung an:

- > **Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder**
Amt der Steiermärkischen Landesregierung

Graz, am 15. Juni 2010

Beschluss



Das Land Steiermark

Stichwort > suchen

- Erweiterte Suche
- Sitemap
- Bedienungshinweise
- Mobil
- Invertieren

Schriftgröße: A⁻ A A⁺

Download PDF

- Beschluss

Service

- Landeshauptmann
- Steiermark-Portal
- Landespressedienst
- Telefonverzeichnis
- KulturKalendarium

PALLAST - Papierloser Landtag

- Zu den öffentlichen Unterlagen/Archiv
- Information: Gesetzesbeschlüsse gem. § 53 VRG
- Pallast-Login
- Information für Berechtigte

Impressum

System: icomedias © 2010 Land Steiermark - Amt der Steiermärkischen Landesregierung

28. Juli 2010

Eineinhalb Monate später

**Frau
Mag. Kristina Edlinger-Ploder
Landesrätin für Verkehr
Landhaus
8010 Graz**

28. Juli 2010

Betrifft: Beschluss des Landtages vom 15. 6. 2010 zur Einberufung eines Transitgipfels

Sehr geehrte Frau Landesrätin!

Da wir als Bürgerinitiativen am Transitgipfel – *Landtagsbeschluss Nr. 1989*

aus der 64. Sitzung der XV. Gesetzgebungsperiode des Landtages der Steiermark vom 15. 6. 2010: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, noch vor den Landtagswahlen einen Transitgipfel einzuberufen und mit den BürgerInneninitiativen aus dem Murtal, dem Ennstal und entlang der S 7 konkrete Gespräche zu führen. –

teilnehmen sollen und wir von Ihnen bis heute dazu keine Informationen erhalten haben, möchten wir gerne wissen, ob der Ablauf des Transitgipfels mit uns konsensual geplant wird.

Dies betrifft vor allem die Auswahl der Referenten und Experten und der Themenschwerpunkte.

Mit freundlichen Grüßen

Allianz gegen die S 7

Zustelladresse: z.H. Johann Raunikar, Dr. Wilhelm Taucherstraße 5, 8280 Fürstenfeld

LIEB – Liezener Initiative engagierter Bürger

Zustelladresse: z.H. August Singer, Am Brunnfeld 15, 8940 Liezen

NETT – Nein zur Ennstal-Transittrasse

Zustelladresse: z.H. Reinhard Thalhamer Moreau, Falkenburg 9, 8952 Irdning

Stopp Transitschneise Ennstal

Zustelladresse: z.H. Waltraud Mitteregger, Loyplatz 211, 8962 Gröbming

16 Bürgerinitiativen S 36/S37 Nein Danke

Zustelladresse: z.H. Horst Kienberger, 8833 Teufenbach Nr. 165

Zukunft Salzkammergut

Zustelladresse: Verein Lebensraum Salzkammergut, z.H. Ing. Silvester Leitner, 5342 Abersee, Schwand 7

BÜRO LANDESRÄTIN
MAG.^a KRISTINA EDLINGER-PLODER



Das Land
Steiermark

→ Wissenschaft & Forschung
Verkehr und Technik

Herrn
Reinhard Thalhamer Moreau
„NETT – Nein zur Ennstal-Transittrasse“
Falkenburg 9
8952 Irdning

Bearbeiter: HR Dr. Heinz Haselwander
Tel.: (0316) 877-3407
Fax: (0316) 877-4873
E-Mail:
heinz.haselwander@stmk.gv.at

GZ:

Graz, am 05.08.2010

Ggst.: Transitgipfel

Sehr geehrter Herr Thalhamer Moreau!

Unter Bezugnahme auf Ihr Schreiben vom 28. Juli 2010, bei uns eingelangt am 30. Juli 2010, darf ich Ihnen im Auftrag von Frau Landesrätin Mag.^a Kristina Edlinger-Ploder mitteilen, dass die Informationsveranstaltung mit den Bürgerinitiativen aus dem Murtal, dem Ennstal und entlang der S 7

**am 19. August 2010 zwischen 13.00 Uhr und 16.00 Uhr
im AUSTRIA TREND Hotel Europa, 8020 Graz, Bahnhofgürtel 89,**

abgewickelt wird.

Bei dieser Informationsveranstaltung werden auch Mitglieder der ASFINAG, Herr LBD DI Andreas Tropper, der jeweils Projektverantwortliche und natürlich Frau Landesrätin Mag.^a Kristina Edlinger-Ploder für Auskünfte zur Verfügung stehen.

Da die räumlichen Ressourcen begrenzt sind, darf ich Sie ersuchen, die an der Veranstaltung teilnehmenden Personen bis längstens 14. August 2010 bei der für das jeweilige Straßenbauvorhaben örtlich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde anzumelden.

Mit freundlichen Grüßen

(HR Dr. Heinz Haselwander)

		Allianz gegen die S 7			LIEB – Liezener Initiative engagierter Bürger		
		NETT – Nein zur Ennstal-Transittrasse			Stopp Transitschneise Ennstal		
		16 Bürgerinitiativen S 36/S37 Nein Danke			Lebensraum Salzkammergut		

Frau
Mag. Kristina Edlinger-Ploder
Landesrätin für Verkehr
Landhaus
8010 Graz

E I N G E S C H R I E B E N

14. August 2010

Betrifft: Transitgipfel

Sehr geehrte Frau Landesrätin Edlinger-Ploder!

Wir bestätigen den Erhalt des mit 5. August 2010 datierten, bei uns am 11. August 2010 eingelangten Schreibens, in welchem Sie uns mitteilen, dass der „*Transitgipfel*“ mit den Bürgerinitiativen aus dem Murtal, dem Ennstal und entlang der S7 bereits am 19. August 2010 im Grazer Austria Trend Hotel „*abgewickelt*“ werden soll. Dazu folgende Anmerkungen:

1.

Die o. a. BürgerInneninitiativen haben vom Landtagsbeschluss Nr. 1989 vom 15. Juni 2010, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, „*noch vor den Landtagswahlen*“, die im Herbst stattfinden, einen so genannten „*Transitgipfel einzuberufen und mit den BürgerInneninitiativen (...) konkrete Gespräche zu führen*“, zunächst aus den Medien erfahren und intern freudig begrüßt, zumal die BürgerInneninitiativen an einem ernsthaften, offenen Dialog sehr interessiert sind.

2.

Nachdem wir bis eineinhalb Monate (!) nach dem Landtagsbeschluss von Frau Landesrätin keine Information oder Einladung erhalten hatten, was uns doch sehr verwundert hat, haben wir am 28. Juli 2010 (ingeschrieben) an Sie geschrieben und die Frage gestellt, „*ob der Ablauf des Transitgipfels mit uns konsensual geplant wird*“, „*vor allem [was] die Auswahl der Referenten und Experten und der Themenschwerpunkte betrifft*“.

3.

Am 11. August 2010 haben wir den von Ihnen mit 5. August 2010 datierten Brief „*in Bezugnahme auf unser Schreiben vom 28. Juli 2010, bei Ihnen eingelangt am 30. Juli 2010*“, erhalten.

Aus Ihrem Schreiben wird die „*Bezugnahme*“ auf unser Schreiben jedoch nicht ersichtlich, da Sie auf die von uns gestellten, konkreten Fragen – siehe Punkt 2 oben – überhaupt nicht eingehen.

4.

Obwohl Sie fast zwei Monate Zeit hatten, uns zu informieren und einzuladen, langte Ihr Schreiben erst knappe neun Tage vor dem von Ihnen festgelegten Termin bei uns ein. Diese knappe Zeit halten wir für nicht ausreichend, um uns auf ein solches Treffen vorzubereiten. Dazu kommt, dass der von Ihnen gesetzte Termin in eine Zeit fällt, in welcher viele auf Urlaub sind.

5.

Sie fordern uns in Ihrem Schreiben auf, uns „*bis längstens 14. August 2010 bei der für das jeweilige Straßenbauvorhaben örtlich zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde anzumelden*“. Offenbar verfügt Ihr Büro über zu wenig Ressourcen (obwohl Sie z.B. gleichzeitig allein das Ennstal betreffend 110.400 Euro für eine PR-Agentur wie die inzwischen im Zuge des Buwog-Skandals eliminierte PR-Firma Hohegger.com übrig hatten) – oder wie sonst dürfen wir diese Schikane verstehen? Dabei ist Ihnen offensichtlich auch entgangen, dass eine Anmeldung am Ende der Anmeldefrist, d.h. am 14. August, unmöglich ist, da dieser Tag ein Samstag ist. Die Amtszeiten sämtlicher Bezirksbehörden enden jedoch jeweils am Freitag um 12.30 Uhr.

6.

In Ihrem Schreiben kommt das Wort „*Einladung*“ nicht vor, vielmehr teilen Sie uns nur mit, dass eine „*Informationsveranstaltung mit den Bürgerinitiativen (...)*“ am 19. August 2010 „*abgewickelt*“ werden soll. Wir wollen jedoch von Ihnen nicht „*abgewickelt*“ werden, sondern möchten als gleichberechtigte Menschen und BürgerInnen behandelt und ernst genommen werden. Offensichtlich besteht die Absicht, die im Zusammenhang mit den Gemeindeforen eingeschlagene Praxis fortzusetzen, die NGOs über so genannte „*Runde Tische*“ von oben herab zu informieren und nicht als gleichberechtigte Partner am Diskussionsprozess teilnehmen zu lassen.

7.

Sie teilen uns in Ihrem Schreiben mit, „*Mitglieder der ASFINAG, Herr LBD DI Andreas Tropper, die jeweiligen Straßenbauprojektverantwortlichen*“ sowie Sie selbst in Ihrer Funktion als Landesrätin für Verkehr stünden bei dieser „*Informationsveranstaltung*“ am 19. August 2010 in der Zeit von „*13 bis 16 Uhr für Auskünfte zur Verfügung*“. Sowohl Ihre gesamte Vorgehensweise als auch diese spezielle Formulierung unterstellt implizit, wir BürgerInnen seien bloße Untertanen, die von der Obrigkeit gnädigerweise ein paar ausgewählte Informationshäppchen empfangen dürfen. So stellen sich die BürgerInneninitiativen und wohl auch der Steirische Landtag ein „*Gipfeltreffen*“ nicht vor. Ihren Versuch, den „*Transitgipfel*“ auf eine bloße „*Informationsveranstaltung*“ zu reduzieren, akzeptieren wir nicht.

Wir fühlen uns durch die Behandlung, die Sie uns angedeihen lassen, im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, Art.1, Satz 1 – „*Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.*“ – in unserer Würde und in unseren Rechten verletzt. Im österreichischen Verfassungsrecht ist der Gleichheitssatz in Artikel 7 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) und in Artikel 2 des Staatsgrundgesetzes 1867 als Staatsbürgerrecht verankert. Der Gleichheitssatz verbietet dem Staat, dessen Vertreterin Sie sind, u. a. eine sachlich nicht gerechtfertigte Bevorzugung

oder Benachteiligung von bestimmten Personen(gruppen). Diese Rechtsnormen sind sachlich und ohne Willkür zu vollziehen. Gerne laden wir Sie dazu ein zur Kenntnis zu nehmen, dass wir keine Untertanen sind, sondern gleichberechtigte BürgerInnen der demokratisch verfassten Republik Österreich. Wir ersuchen Sie, sich an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und an die Verfassung der Republik Österreich zu halten, uns entsprechend mit Respekt zu behandeln und nicht zu benachteiligen.

8.

Ein derart komplexes Thema, wie es das Verkehrssystem nun einmal ist, unter den von Ihnen hergestellten Voraussetzungen und in nur drei Stunden „abwickeln“ zu wollen, können wir daher aus a) demokratiepolitischen, b) kommunikationstechnisch bedingten und c) sachlich-fachlichen Gründen nicht ernst nehmen. In so kurzer Zeit und mit so vielen Teilnehmern mit so unterschiedlichen Interessen kann man vielleicht etwas „abwickeln“, aber sicher keine „konkreten Gespräche“ – wie im Landtagsbeschluss gefordert (!) – führen und auch keinen offenen Dialog über ein komplexes Thema anfangen.

9.

Wir sind aus den vorgenannten Gründen mit Ihrer Vorgangsweise nicht einverstanden und werden daher an dieser „Informationsveranstaltung“, die kein Transitgipfel ist, nicht teilnehmen. Ein Gipfeltreffen ist ein Treffen gleichberechtigter Partner.

Wir bedauern das außerordentlich, hatten wir doch gehofft, dass durch den Landtagsbeschluss Nr. 1989 endlich ein Dialog mit Ihnen zustande kommt. Viele Jahrzehnte und viele Millionen an Steuergeld wurden bisher in den vergeblichen Versuchen verschleudert, zu groß und unsystemisch geplante Verkehrsprojekte gegen den Willen derer durchzusetzen, die mit diesen „Lösungen“ und deren oft negativen Folgen auch leben müssen. Es ist wirklich schade und traurig zugleich, wie leichtfertig Sie die Chance zum Dialog auch diesmal wieder verspielt haben.

Ebenso bedauerlich ist es, dass Sie durch Ihre leider wenig professionelle Vorgangsweise auch weitere Entscheidungen des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie verzögern. Frau Bundesministerin Doris Bures wollte das Ergebnis des Transitgipfels abwarten, ehe sie allfällige Entscheidungen trifft.

10.

Wir sind weiterhin an einem echten, ehrlichen und offenen Dialog interessiert. Wir sind überzeugt, dass es nur so zu einer für alle tragbaren, den Herausforderungen der näheren und fernerer Zukunft wie z. B. Klimaveränderung und Erdölverknappung, vor allem aber auch zu einer den Bedürfnissen der betroffenen BürgerInnen vor Ort gerecht werdenden Lösung kommen kann.

Wir sind weiter an einem (echten) Transitgipfel interessiert. Wir gehen jedoch davon aus, dass ein solches (echtes) Gipfeltreffen, wie in unserem von Ihnen leider nicht beantworteten Schreiben vom 28. Juli 2010 angeregt, von Ihnen und von uns gemeinsam – auf gleicher Augenhöhe – konzipiert zu werden hat. Die Vorgangsweise hat dabei den Grundprinzipien des professionellen Dialogs und der professionellen Mediation zu entsprechen. Die Moderatoren, Referenten und Experten, die Themenschwerpunkte sowie Ort und Termin müssen im Konsens ausgewählt werden.

11.

Dieses Schreiben ergeht zeitgleich an Sie, an das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, z.H. Frau Bundesministerin Doris Bures, an Herrn Landeshaupt-

mann Franz Voves, an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer, an den Steirischen Landtag z.H. allen Abgeordneten, an die Bezirksverwaltungsbehörden und an die Medien. Zudem behalten wir uns die Veröffentlichung dieses Schreibens in Form von Flugblättern, Inseraten und in elektronischen Medien vor.

Wir ersuchen Sie, Ihre Antwort auf dieses Schreiben oder allfällige Vorschläge zur Verbesserung der Zusammenarbeit wieder an die Unterfertigten zuzustellen.

Mit freundlichen Grüßen

Allianz gegen die S 7

Zustelladresse: z.H. Dr. Johann Raunikar, Dr. Wilhelm Taucherstraße 5, 8280 Fürstenfeld

LIEB – Liezener Initiative engagierter Bürger

Zustelladresse: z.H. August Singer, Am Brunnfeld 15, 8940 Liezen

NETT – Nein zur Ennstal-Transittrasse

Zustelladresse: z.H. Reinhard Thalhamer Moreau, Falkenburg 9, 8952 Irdning

Stopp Transitschneise Ennstal

Zustelladresse: z.H. Mag. Waltraud Mitteregger, Loyplatz 211, 8962 Gröbming

16 Bürgerinitiativen S 36/S37 Nein Danke

Zustelladresse: z.H. Horst Kienberger, 8833 Teufenbach Nr. 165

Lebensraum Salzkammergut

Zustelladresse: Verein Lebensraum Salzkammergut, z.H. Ing. Silvester Leitner, 5342 Abersee, Schwand 7